

Die SPD
und die Chancen
eines Linksbündnisses

Spaltung von links

Norbert Seitz

In Deutschland besteht seit dem Regierungswechsel 1998 die Neigung, Bundesstadtmehrheiten zu strukturellen Mehrheiten hochzujubeln. Eine solche These schien 2002 umso kühner, als der Stimmentvorsprung der SPD gegenüber der Union bundesweit nicht mehr als 6000 Stimmen betrug und sich danach die Verhältnisse im Bundesrat ebenso rasch wie drastisch umkehren sollten. Gleichwohl gab es im rot-grünen Lager nicht wenige, die damals gerade die Tatsache, trotz vieler Schwächen und Pannen im Wahljahr doch noch gesiegt zu haben, auf das Vorhandensein einer strukturellen Mehrheit der Linken im Lande zurückführten.

Immerhin brachten es Sozialdemokraten, Linkspartei und Grüne bei der Bundestagsneuwahl 2005 zusammen auf einundfünfzig Prozent der Zweitstimmen, Union und Grüne dagegen nur auf fünfundvierzig Prozent. Gibt es sie also, die strukturelle Mehrheit, über jene arithmetische Mehrheit hinaus, die uns Manfred Güllner von forsa und Richard Hilmer von dimap allwöchentlich übermitteln? Gern wurde der Wahlausgang 2005 als großer „Etappensieg über den Neoliberalismus“ abgefeiert.

Allen voran fühlten sich die Gewerkschaftsführer Jürgen Peters von der IG Metall und Frank Bsirske von ver.di am Abend des 18. September 2005 wie die wahren Sieger und Herren der Republik, glaubten sie doch, gleich auf einen Schlag ihren befehdeten Agenda-Kanzler gestürzt, die Linkspartei mit logistischer

Hilfe in den Bundestag gehievt und die Union vom Leipziger „Irrpfad des Neoliberalismus“ abgebracht zu haben.

Berührungängste der SPD

Aber selbst wenn es eine solche linke Mehrheit gäbe, welche Chancen hätte sie, auch eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden? Nach dem Vordringen der Linken in Bremen in das erste westdeutsche Landesparlament waren aufseiten der Sozialdemokraten noch erhebliche Abwehrreflexe zu verspüren. Selbst bei SPD-Linken wie dem bayerischen Landesvorsitzenden Ludwig Stiegler, der hessischen Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti, Florian Pronold oder Andrea Nahles dominierten Berührungängste. Keiner wollte sich so recht über die Tabuschwelle trauen. Von einer Bündnisvision zunächst also keine Spur. Nur Berlins Regierender Klaus Wowereit hält sich über die Option Rot-Rot alle Karrierechancen auf Bundesebene offen. Ansonsten galt die Einschätzung Ludwig Stieglers als unverrückbar, jede Möglichkeit eines Linksbündnisses auszuschließen, solange die sogenannte Linke sich nur als Protestpartei gegen jedwede Veränderung auf sozialem Sektor verstehe und fortlaufend nationalen Protektionismus predige, gewürzt mit einer unbekömmlichen Prise Fremdenfeindlichkeit. Weitere schier unüberwindbare Hindernisse wurden genannt, wie die mangelnde ökologische Sensibilität und die außenpolitische Verweigerungshaltung, selbst bei Friedensmissionen unter dem UN-Mandat.

Doch das Thema Linksbündnis hat seit dem Gründungsparteitag von Lafontaine und den Seinen am 16. Juni im Berliner Estrel an Brisanz und Tempo deutlich hinzugewonnen.

Politisch unvereinbar

Zu den Chancen einer solchen Koalition in Deutschland lassen sich drei Thesen zusammenfassen. Die erste These geht von einer *Inkompatibilität* aus, das heißt einer sachpolitischen Unvereinbarkeit und damit einer unmöglichen Kooperation auf Regierungsebene. Die These stützt sich auf die nüchterne Tatsache, dass eine arithmetische Mehrheit schon deshalb derzeit keiner realisierbaren Majorität der Linken entspricht, weil es keine gemeinsame Idee gibt, wohin man das Land lenken wollte. Es hilft also kein Jammern und Klagen, die SPD muss an ihrem Modernisierungskurs festhalten, zumal er erste Erfolge zeitigt, wovon aber die Partei nur deshalb nicht profitiert, weil sie lediglich mit der kalten Ratio, aber nicht mit Leidenschaft ihre Erneuerungspolitik nach außen zu vertreten pflegt und darüber innerlich gespalten ist. Zudem wäre ein politischer Kurswechsel, um von der Linken Protestwähler zurückzugewinnen, mit einem hohen Glaubwürdigkeitsrisiko verknüpft.

Der Historiker Heinrich August Winkler ist davon überzeugt, dass die SPD im Falle eines Linksbündnisses in der Mitte mehr verlieren würde, als sie links hinzugewinnen könnte. Rot-Rot rechnet sich nicht. Deshalb empfiehlt er seiner Partei, in die Offensive zu gehen, die eigenen Verdienste in der Großen Koalition stärker herauszustellen und sich auf eine harte argumentative Auseinandersetzung mit der Linken an der lokalen Basis einzulassen. Im Mittelpunkt dabei steht das Thema soziale Gerechtigkeit, bei dem die Linke zu punkten versteht, obwohl sie einen mittlerweile völlig reduzierten Begriff von Gerechtigkeit im Sinne

von Verteilungsgerechtigkeit auf ihre Fahne schreibt.

Offene Bündnischancen

Dagegen steht als These zwei die Empfehlung der Berliner Korrespondentin Tissy Bruns, eine *Kooperation* sowohl bundesweit als auch in den Ländern und Kommunen nicht grundsätzlich auszuschließen. Schon um Stärke gegenüber dem großen Koalitionspartner zu demonstrieren, müsse man die strategische Option eines Linksbündnisses offenhalten. Deshalb keine prinzipielle Ausgrenzung, überzogene Polemik oder abfällige Arroganz. Schließlich könne man nie wissen, wie sich die Linke künftig entwickeln werde. Hierbei wird gern auf den rot-roten Berliner Senat und seine rigide und kaum typisch links zu nennende Haushaltssparpolitik verwiesen, die von Teilen der PDS und der Berliner WASG mit noch schärferen Termini bekämpft wird als die Agenda-Politik Schröders von der eigenen Parteilinken und Gewerkschaftskritikern. Drei eingeschränkte Kooperationsmodelle stehen derzeit zur Diskussion, zum einen ein kooperativer Attentismus: „Jetzt nicht, vielleicht später einmal“, außerdem ein doppelter Bündnisdualismus: im Westen nein, im Osten ja oder: in den Ländern ja, im Bund nein sowie – drittens – eine Kooperation unter personellem Vorbehalt, das heißt ohne Lafontaine.

Rolf Reissig aus dem intellektuellen Umfeld der PDS sieht zwar im bundesweiten Fünf-Parteien-System eine strukturelle Linksverschiebung, glaubt aber nicht, dass diese bei der Bundestagswahl 2009 zu einem Linksbündnis führen könnte. Dafür fehlten (noch) die konzeptionellen und politischen Voraussetzungen. Einer der Vordenker der früheren PDS, Michael Brie, hält zwar die Linkspartei für mehr als nur eine bloße Konkurrentin von SPD und Grünen. Mittelfristig – also nicht vor 2013 – sieht er aber durchaus die Mög-

lichkeit für eine „alternative Reformkoalition“ der Linken.

Eine offene Strategiedebatte fordert Wowerits Berater Björn Böhning im Angesicht des Erstarkens der Linkspartei, das der Jusochef auf die „Unfähigkeit der SPD“ zurückführt, „das Bündnis aus aufstiegsorientierten und abstiegsbedrohten arbeitnehmerischen Milieus zu bewahren“. Momentan jedoch werde die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Linkspartei umso aggressiver geführt, je mehr Lafontaine & Co unter Prekariern falsche „Teilhabe-Illusionen“ nährten. Frühestens 2013 sieht auch Böhning eine Bündnischance, während Bundestagsfraktionschef Peter Struck solche Spekulationen kategorisch verwarf: „Nicht 2009 und auch nicht 2013.“

Immerhin existieren schon jetzt inhaltliche Ähnlichkeiten zwischen SPD-Linken und der Linkspartei: Beide halten vehement am Begriff des demokratischen Sozialismus fest, gehen auf Distanz zum Konzept eines vorsorgenden Sozialstaats, hängen noch Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie an und neigen zu Entspannungsnostalgie („Keine neuen Raketen“) ungeachtet veränderter Konfliktkonstellationen in der Welt.

Neuformation in Opposition

Im Gegensatz zu Heinrich August Winkler rät der konservative Publizist und Fürsprecher des alten Volksparteienkonzepts, Alexander Gauland, die SPD solle aufhören, ihr Heil weiterhin in Schröders Neuer Mitte zu suchen und primär auf die Organisierung von Aufstiegschancen zu setzen. Am Ende müssten beide große Volksparteien die Frage nach dem „Schicksal derer da unten“ beantworten, bevor wir Verhältnisse wie in Frankreich mit brennenden Autos und verbarriadierten Vorstädten bekämen. Andererseits offenbart sich hier eine traditionelle Sichtweise aus der Welt der alten Bonner Dreiparteienrepublik, wonach beiden

großen Volksparteien die staatspolitische Pflicht auferlegt wird, dafür zu sorgen, dass links und rechts von ihnen keine populistische Konkurrenzpartei aufkommt, auch wenn damit der Gang in die Opposition verbunden sein könnte. Hieraus ergibt sich die dritte These zum Umgang der SPD mit der Linkspartei, die *Oppositionelle Neuformation*. Sie geht davon aus, dass die SPD dringend der Regierung entsagen müsse, damit sich die Linke in der Opposition neu sortieren könne. Das Lager müsse von Neuem geeint, die Partei Die Linke politisch gestellt oder ausgebremst werden. Der Kampf gegen den Alleinvertretungsanspruch der Linkspartei, etwa in Gerechtigkeitsfragen, müsse ausgetragen werden, mit dem wünschenswerten Resultat einer späteren Einigung oder Versöhnung – ob mit oder ohne Oskar Lafontaine.

Romantische Parteilinke halten schon jetzt eine spätere Wiedervereinigung wie jene zwischen SPD und USPD 1922 in Nürnberg für erstrebenswert, hartgesottere Parteigenossen sehnen dagegen ein *Shooting-out* mit Lafontaine und seinen Leuten herbei. Denn zu tief sitzt bei vielen Sozialdemokraten der Schmerz über den Symbolklau durch die Linke. Der Streit um linke Mythen währt schon lange – um das Label demokratischer Sozialismus, das Erbe Rosa Luxemburgs, die historische Interpretationshoheit über die Zwangsvereinigung 1946, die Stalinnote 1952, den 17. Juni 1953, das KPD-Verbot 1956, den Mauerbau 1961, die Ostpolitik ab 1969. Und überhaupt geht es um das Etikett „Links“ im Allgemeinen.

Störfaktor Oskar

Hinzugekommen ist seit dem Berliner Gründungsparteitag der Linken der Kampf um das Brandt-Erbe, das Lafontaine mit kruden Geschichtsverfälschungen für sich in Anspruch nimmt. Über seinem Schreibtisch im Karl-Liebknecht-Haus ließ er demonstrativ ein Bild seines

langjährigen Vorsitzenden aufziehen, was nicht gerade sehr geschmackvoll schien, wenn man zurückdenkt, dass Willy Brandt zur deutschen Einheit wegen der nationalen Reserven seines Kanzlerkandidaten um ein Haar den Ehrenvorsitz seiner Partei abgegeben hätte.

Lafontaines Strategie lässt sich nicht als bloß fundamentalistisch brandmarken. Seine Erfolg verheißende Raffinesse besteht nämlich gerade darin, die Lücken sozialdemokratischer Politik in der Großen Koalition zu besetzen. Es gibt folglich kaum eine Position von seiner Seite, die nicht auch von nörgelnden SPD-Linken vertreten würde. Beim Thema Mindestlohn versuchte er die SPD vorzuführen, als er das von der Union ausgebremsste Modell im Bundestag einbrachte.

Ein unvergessener Moment, als auf dem legendären Mannheimer Parteitag vom November 1995 die freudig erregte Delegiertenschar quasi im Gänsemarsch den Rosengarten verließ, nachdem sie ihren als langweilig gescholtenen alten Vorsitzenden geschlachtet hatte, der noch zwei Jahre zuvor mit plebiszitären Ehren ins Amt gewählt worden war. Wer damals Zeuge der Volksfeststimmung in einem Zug der heimkehrenden Delegierten wurde, bekam eine Ahnung davon, welche Emotionen der Volkstribun Oskar Lafontaine zu mobilisieren vermag. Kein Zweifel, der Populist hätte – ohne seinen Totalausstieg 1999 – mit seiner jüngsten Rede auf dem Berliner Gründungsparteitag der Linken auch noch Kongresshallen mit SPD-Delegierten in Begeisterung versetzen können. Deshalb konnte es auch nicht verwundern, dass in einer Meinungsumfrage nach dem Gründungsparteitag jeder zweite SPD-Wähler Übereinstimmung mit Lafontaines deftigen Botschaften signalisierte.

Sein mutmaßliches Ziel: Spalter und Einiger der Linken zugleich zu sein, das heißt auf krummen Wegen mit populistischen Mitteln das Ende der Spaltung der

Linken aus der Opposition zu verkündigen. Er möchte gleichsam der SPD die angeblich „neoliberalen Verirrungen“ der Schröder-Ära austreiben, um sich – vielleicht unter seiner Führung – mit einer entschlackten Sozialdemokratie wieder zusammentun zu können. Ein Fernziel ist das noch nicht, höchstens ein willkommenes Nebeneffekt seiner momentanen Primärstrategie, seine alte Partei in Verlegenheit zu bringen.

Keine Rückkehr möglich

Dennoch spricht vieles gegen die Entwicklung einer späteren Versöhnung. Eher steht zu vermuten, dass eine Sozialdemokratie mit Modernisierungsperspektive den Preis der Abspaltung strukturkonservativer Traditionalisten zahlen muss. Insofern sind alle Neuvereinigungsträume blanke Illusion, so man es mit einer Reformperspektive ernst meint. Freilich darf es die SPD den Spaltern von links nicht so einfach machen wie unter Schröder, dessen Politik einer verspäteten sozialpolitischen Erneuerung mit schlechtem Gewissen daherkam und nur dürftig in den eigenen Reihen erklärt wurde.

forsa und dimap zum Trotz – es gibt keine strategische Mehrheit der Linken in Deutschland, sondern nur eine Sperrminorität der Linkspartei. Würde die SPD ernsthaft über ein Linksbündnis im Bund nachdenken, dürfte sie ihr Waterloo in der Mitte erleben; die arithmetische Mehrheit der Linken könnte rasch dahinschmelzen. Vor dieser düsteren Aussicht wird sich wohl aufseiten einer pragmatisch dominierten Sozialdemokratie am Ende noch immer die bittere unausgesprochene Erkenntnis durchsetzen, dass kein noch so hochheilig gehaltener Grundwert der Partei in der Politik der Großen Koalition ernsthaft preisgegeben werden muss, auch wenn man den Kanzler nicht stellen darf und Lafontaine noch so sehr Verratslegenden schmiedet.